

Polski kapitałowi obcemu. Wniosek ten mieścił się w ramach niemieckich koncepcji politycznych w stosunku do Polski.

Pozostałe dokumenty wybrano z bogatego zbioru informacji Ministerstwa Spraw Wewnętrznych Prus zatytułowanego *Przewrót majowy w Polsce*⁶. Spośród kopii różnych informacji i raportów posła niemieckiego w Warszawie, Ulricha Rauschera, wybrano pierwszą bardziej wszechstronną ocenę przewrotu wysłaną z Warszawy w dniu 15 maja⁷. W charakterze uzupełniającego wybrano również raport konsula niemieckiego w Poznaniu z 19 maja⁸ oraz raport konsula z Katowic z 22 maja⁹. Wydaje się że dokumenty te dość wszechstronnie analizują sytuację w Polsce, a zwłaszcza stosunek J. Piłsudskiego do Niemiec oraz W. Korfatego do Piłsudskiego i do Niemiec. Omówiono w nich nastroje opozycyjne w Wielkopolsce oraz perspektywy rozwoju sytuacji w Polsce. Szczególnie charakterystyczna wydaje się ocena Piłsudskiego przedstawiona przez socjaldemokratę Rauschera. Do 1926 r. Piłsudski uchodził powszechnie za wybitnego przedstawiciela obozu proniemieckiego w Polsce. Większość prasy niemieckiej widziała w nim nawet człowieka nastawionego zdecydowanie proniemiecko¹⁰. Opinie te Rauscher stanowczo odrzuca podkreślając, iż Rzesza nie może liczyć na to, że przy pomocy Piłsudskiego uda się jej zrealizować cele niemieckie w Polsce. Zaskakuje również ocena Piłsudskiego jako człowieka o miernych zdolnościach, człowieka, który nie jest w stanie nic w Polsce zmienić. Czytelnik odnosi wrażenie, że ocena ta wynika również z tendencji do przedstawienia sytuacji w Polsce zgodnie z przyjętym z góry schematem polityki niemieckiej wobec Polski.

ANTONI CZUBIŃSKI

DOKUMENTY

I. SYTUACJA W POLSCE W OCENIE POSEŁSTWA NIEMIECKIEGO W WARSZAWIE Z 30 GRUDNIA 1925 R.

Polen

Warschau, den 30. Dezember 1925.

Die Entwicklung Polens
im Jahre 1925.

Die Bilanz des Jahres 1925 ist die schwärzeste in der Geschichte des polnischen Staates. Eine kurze Rekapitulation der Ereignisse wird zeigen, dass ein Rückgang an Staatsvermögen und Staatsansehen auf fast allen Gebieten zu verzeichnen ist.

⁶ *Militäraufstand in Polen (Mai 1926) und seine Auswirkung. Vom 14. V. 1926 bis 30. VII. 1926.* DZA, Merseburg, Rep. 77, tit. 856, nr 124c, Beiheft 2.

⁷ Tamże, ss. 89—93.

⁸ Tamże, ss. 105—108.

⁹ Tamże, ss. 155—159.

¹⁰ Zob. A. Czubiński, *Opinia publiczna w Niemczech wobec kryzysu politycznego w Polsce na przełomie lat 1925/26.* „Zeszyty Naukowe” UAM, Historia nr 8.

Innenpolitisch brachte das Jahr vor allem die Ausreifung der Grabskischen Finanz- und Wirtschaftspolitik bis zur Katastrophe des Zlotysturzes und des damit verbundenen Sturzes des Schöpfers der neuen Währung. Beschleunigt wurde das Tempo der wirtschaftlichen und finanziellen Zerrüttung durch den Wirtschaftskampf mit dem Deutschen Reich, der wiederum wirtschaftskriegsähnliche Zustände mit fast allen anderen Staaten hervorrief. Eine weitere Erschwerung, auch auf finanziellem Gebiet, schuf sich Polen selber durch die ersten Optantenausweisungen und deren ungünstiges Echo im Ausland. Danebenher gingen zahllose Bestechungsskandale und für das finanzielle Ausland besonders eindrucksam, das unsolide, ja völlig gesetzeswidrige Gebaren der auf tiefste erschütterten polnischen Banken, die zahlreiche Schecks unhonoriert liessen, Inkassos nicht mehr auszahlten und daher mit den zahllosen in Protest gegangenen Wechseln dem Ausland ein Bild völliger Zerrüttung boten. Das sichtbarste Zeichen des Verlustes an Zutrauen war, dass das Bankhaus Dillon Read & Co die Übernahme der zweiten Tranche der polnischen Anleihe ablehnte, nachdem es mit der ersten beim amerikanischen Publikum keinerlei Anklang gefunden hatte.

Die Kabinettskrise und die Bildung der neuen Regierung haben eine zweite sehr wunde Stelle am polnischen Staatskörper aufgedeckt, nämlich die personelle und politische Zerklüftung der Armee. Dass aus der Armee selbst unter der geistigen Führung des Marschalls Pilsudskis die Entfernung des bisherigen Kriegsministers erzwungen wurde, dass es zu diesem Zweck zu richtigen militärischen Demonstrationen kam, dass sich Sikorski seinerzeit zu rein politisch abgestempelten Versetzungen hoher Offiziere hinreissen liess und sein Nachfolger Żeligowski (im übrigen keineswegs der wilde Mann, den man bei uns in ihm sieht, sondern ein Troupier ohne grössere Bedeutung) all diese Versetzungen unter dem Druck von Offiziersmanifestationen rückgängig machte, all das beweist, dass die Verhältnisse in der Armee äusserst labil sind und dass ein Missbrauch des Heeres im politischen Interesse der einen oder der anderen Partei keineswegs ausgeschlossen ist.

Aussenpolitisch kann man das Ergebnis des Jahres 1925 am einfachsten auf die Formel bringen, dass Polens Bestreben, sich als „Grossmacht“ zu etablieren, nunmehr erledigt sein dürfte. Es ist nicht ohne Interesse, sich daran zu erinnern, dass der Staatspräsident die Einführung der ständigen Währung nicht besser feiern zu können glaubte, als dass er in einer Rede in Posen den Zloty als die Möglichkeit feierte, nun zu Rüstungen zu kommen, die einer Grossmacht würdig seien. Diese Rüstungen, zu denen es tatsächlich gekommen ist, haben sich als das Unheil Polens erwiesen. Neben der Grossmachtsucht im Militärischen erging sich Polen in den Äusserlichkeiten der Aussenpolitik auf demselben Wege. Man glaubte bestimmt an die Ernennung von Botschaftern in Warschau durch die Grossmächte und rechnete ebenso sicher mit einem ständigen Ratssitz im Völkerbund. Locarno hat, sowohl was den äusseren Verlauf anlangt, als auch im politischen Ergebnis, diesen Aspirationen eine Ende bereitet. Das Antichambrieren des Grafen Skrzyński war der lebendige Ausdruck der Stellung Polens und das Ergebnis (unterschiedliche Behandlung der Ost- und Westgrenzen, Wegfall der französischen Garantien, Entgiftung des Artikels 16 und Aushöhlung des französisch-polnischen Bündnisses durch eine Adoptierung an das Völkerbundstatut) hat Polen sowohl bündnispolitisch wie auch machtpolitisch auf den ihm gebührenden Rang zurückgewiesen. Hand in Hand damit ging als Ergebnis

der monatelangen Diskussion über den Sicherheitspakt als Ansicht aller politisch Denkenden der Zweifel an der Haltbarkeit der polnischen Westgrenzen hervor, was die polnische Presse in besonders erregten Momenten dazu hinriss, selbst das Schlagwort von der bevorstehenden „vierten Teilung“ Polens auszugeben.

Auf der aktiven Seite ist wirtschaftlich und finanziell für Polen gar nichts zu buchen. Aussenpolitisch konnte es kleine Gewinne auf Kosten des Danziger Freistaates erzielen (Briefkastenstreit, Munitionslager mit militärischer Bewachung und vielleicht auch die Ernennung van Hamels auf drei Jahre), dazu kommen die schwer wägbaren Gewinne aus den Besuchen der zwei Aussenminister Benesch und Tschitscherin, wobei der erstere durch den sofort nach Abschluss des Handelsvertrages einsetzenden Wirtschaftskonflikt ziemlich entwertet sein dürfte, und der zweite mehr durch die Tatsache seines Zustandekommens Bedeutung hat, als durch seine etwaigen Folgen; es darf nur darauf aufmerksam gemacht werden, dass die damals angekündigten Handelsvertragsverhandlungen immer noch nicht begonnen haben. Einen wirklichen Erfolg stellt lediglich der Abschluss des für Polen ausserordentlich günstigen Konkordates dar.

Heute befindet sich also Polen finanziell und wirtschaftlich in einer Lage, die mit den Erscheinungen der allen Ländern gemeinsamen Weltkrise nicht verglichen werden kann. Die neue, dank der in ihr enthaltenen heterogenen Elemente in sich gelähmte Regierung hat selbst zugegeben, dass die Anleiheaussichten vorerst fast gleich Null seien und versucht ihrerseits vor allem durch Budgetreduzierungen sich ein gewisses Vertrauen im Auslande wieder zu erwerben. Ob das gelingt und ob überhaupt die Reduktion im versprochenen Masse durchgeführt werden wird, ist noch völlig unklar. Ihre übrigen Sanierungsvorschläge sind kaum der Erwähnung wert; sie entsprechen mit Bekämpfung des Wuchers, Einsetzung seiner Sparkommission, Verbot des Terminhandels etc. ganz den Mittelchen die noch jeder Inflationsstaat ohne sonderlichen Erfolg angewendet hat. Wie lange sich diese Regierung halten können, was ihr bei der Zerklüftung der Parteien, der Unfähigkeit und dem Mangel an Verantwortungsgefühl des Sejms, dem geringen Vorrat an Persönlichkeiten etc. folgen wird, ist völlig unübersichtlich. Dass hierzulande viel mit dem Gedanken einer Diktatur gespielt wird, entspricht der verzweifelten Situation, einen Diktator weiss aber niemand zu nennen, insbesondere scheint auch eine Diktatur Pilsudskis nicht zu erwarten zu sein. An bolschewistische Erscheinungen vermag ich vorerst nicht zu glauben, ebensowenig wie an eine etwa dem spanischen Beispiel nachgebildete Militärdiktatur. Es scheint mit eher wahrscheinlich, dass die Zersetzung hinter dem Vorhang neuer parlamentarischer Kombinationen und fortgesetzter kleiner gesetzgeberischer Tätigkeit fortschreitet bis zu dem Mass, wo ausserpolnische, politische und finanzielle Kräfte sich im europäischen Interesse verpflichtet fühlen, einzuschreiten. Unsere Aufgabe im neuen Jahr wird es sein, für den Abschluss unseres Handelsvertrages und für die Durchsetzung erreichbarer politischer Ziele den richtigen Zeitpunkt herauszufinden zwischen dem Augenblick, wo die Krise einen gewissen Höhepunkt erreicht hat und den anderen, wo der Entschluss zur polnischen Sanierung sich endgültig durchgesetzt hat, wobei dieser letzte Zeitpunkt bei entsprechender Vorbereitung für die Durchsetzung uns besonders am Herzen liegender Vordringen wichtig und günstig sein dürfte. Von Polen aus gesehen wird der nicht zu ferne und fast absolut sichere Abschluss seiner jetzigen Abwärtsentwicklung die internationale Anleihe mit strenger, insbesondere auch dem Budget gegenüber ausübender Kontrolle sein.

II. SYTUACJA W POLSCE I STANOWISKO PIŁSUDSKIEGO WOBEC NIEMIEC W OCENIE
 POSŁA NIEMIECKIEGO W POLSCE ULRICHA RAUSCHERA Z 15 V 1926 R.

Abschrift IV Po 5481

Deutsche Gesandtschaft.

Warschau, den 15. Mai 1926.

J. Nr. A 124/26

Inhalt: Staatsstreich in Polen.

Die Konföderation von Rembertów — also eine Erneuerung ältester und verhängnisvollster polnischer Traditionen, ist am Freitag abend nach achtundvierzigstündigem Strassenkampf siegreich gewesen. Der Präsident der Republik hat in der Nacht abgedankt und zwar entsprechend dem Artikel 40 der Verfassung zu Bänden seines darin vorgesehenen Stellvertreters, des Sejm-marschalls, und die Regierung Witos ist zurückgetreten. Damit ist wenigstens für jetzt der schon drohende Bürgerkrieg zwischen den einzelnen Teilgebieten Polens vermieden worden und der Marschall Piłsudski Herr der Situation.

Die Vorgeschichte des Bürgerkriegs wird sich erst später genau übersehen lassen. Ganz kurz dürfte die Entwicklung sich folgendermassen vollzogen haben: Piłsudski hat planmässig auf die Errichtung einer ihm genehmen Regierung hingearbeitet, indem er der Reihe nach alle andern Kombinationen durch seinen Einspruch und Einfluss verhinderte. Als die Regierung Witos sich dennoch bildete, als ihre erste Regierungshandlung die Konfiskation der Piłsudski'schen Interviews anordnete, Piłsudski — treue Offiziere zu verhaften begann und vielleicht sogar mit den Gedanken der Verhaftung des Marschalls spielte; als dazuhin die Gerüchte von einem Attentat auf den Marschall nach den nahegelegenen Truppenübungsplatz Rembertów drangen und die dort versammelten Truppen sich dem Marschall als Schutzwacht und zum Marsch nach Warschau zur Verfügung stellten; als also Piłsudskitreue Offiziere und Truppen sich bereits im Anfangsstadium des Aufstandes gegen die Regierung befanden, konnte der Marschall nicht mehr anders, als sich an die Spitze der Bewegung zu setzen und den Handstreich auf Warschau zu verüben. Die ausserordentlich geringe Anzahl der anfänglich ihm zur Verfügung stehenden Truppen (man spricht von ungefähr einem halben Tausend) würde diese Version bestätigen. Ausserdem sprechen für sie gewisse psychologische Seiten Piłsudskis, die ich öfters betont habe, und die in einem gewissen Zurückschrecken vor definitiven Beschlüssen, Gewaltanwendungen und insbesondere Einmischung in rein politische Angelegenheiten bestehen.

Viel wichtiger als Betrachtungen über den bisherigen Hergang ist natürlich eine Einschätzung der nunmehr geschaffenen Situation.

Zuerst was die Form der künftigen Regierung und die parlamentarischen Möglichkeiten anlangt. Nach den letzten Nachrichten soll der Marschall Rataj die Regierungsbildung dem Piastabgeordneten Demski übertragen wollen, also einem Angehörigen der Witospartei. Das würde heute eine Aufopferung des bisherigen Führers Witos von seiten der Partei bedeuten und damit fraglos eine Gefährdung dieser Partei, deren radikale Konkurrenten weit links stehen und die bisher nur durch den Führer zusammengehalten wurde. Gelänge diese Kombination Piast plus Linke (wobei die Nationale Arbeiterpartei schon zur Linken gerechnet werden müsste) so wäre im Sejm immer noch keine Mehrheit zu erreichen. Es bedürfte noch des Einzutretens der Korfanty-Partei, das heisst, man hätte eine sogenannte Zentro-Links-Mehrheit, also das heterogene Gebilde, das in friedlichen Zeiten mehrfach versucht wurde und an den Gegensätzen zwischen Bauern- und Arbeiterpartei scheiterte, oder sich wenigstens als gelähmt erwies.

Dieselbe Mehrheit müsste übrigens vorhanden sein, wenn verfassungsgemäss in nächster Woche der neue Präsident der Republik zu wählen ist, als welcher doch wohl Piłsudski in Frage kommt.

Diese wenigen Angaben zeigen schon, dass die parlamentarische Meisterung der Situation ausserordentlich schwer ist und das schliesslich bei ihr nichts anderes herauskäme, als was ohne Staatsstreich auch schon versucht wurde, wobei diesmal die recht schwer vorstellbare Voraussetzung nötig wäre, dass die eben noch mit der Waffe in der Hand sich gegenüberstehenden Parteien Staatsstreich und Kampf vom 13. Mai vergässen.

Lässt sich keine parlamentarische Mehrheit finden oder kann Pilsudski psychologisch auf eine derartige nüchterne und landläufige Beilegung des blutigen Konflikts sich nicht einlassen, so bleibt als wahrscheinlicheres die Diktatur, sei es mit Pilsudski als Diktator oder ein „Direktorium“ mit ihm an der Spitze. Es ist leicht möglich, dass in einem solchen Gremium Graf Skrzyński, dessen Haltung jetzt noch leichter verständlich wird als vorher, wiederum das Portfeuille des Auswärtigen übernehmen wird (man darf sich der Hoffnung hingeben, dass Herr Morawski ausgespielt hat). Wie sich die Sozialisten mit einer solchen Ausschaltung des Parlamentarismus abfinden, ist ihre Sache; bei ihrer stark nationalistischen Einstellung würden sie wohl die nötigen Argumente finden.

Das Mittel der Auflösung des Sejms als eines Auswegs aus der parlamentarischen Situation ist in Polen nicht anwendbar, da der Präsident die Auflösungs-befugnis nicht hat, sondern nur der Sejm selbst mit qualifizierter Mehrheit sie zu beschliessen vermag.

Noch wichtiger als die parlamentarische Seite ist natürlich die geschaffene Situation nach der militärischen, finanziellen und aussenpolitischen Seite hin.

Die Anhängerschaft Pilsudskis in der Armee hat sich während des Staatsstreichs ziemlich klar abgezeichnet. In grossen Umrissen kann man sagen, dass seine Gefolgschaft am stärksten massiert in Kongrespolen und in dem Wilnaer Gebiet steht und dass seine Hauptgegnerschaft sich in den abgetretenen Gebieten und in Galizien vorfindet. Die Situation in Oberschlesien ist nicht übersehbar. Dieser immer betonte Riss in der polnischen Armee hat sich natürlich durch die blutigen Warschauer Ereignisse noch vertieft; Zeugnis davon hat der erbitterte Charakter des hiesigen Kampfes abgelegt. Sikorski hat diesmal zwar nicht eingegriffen, man wird ihn aber auch fernerhin als unbedingten Pilsudski-Gegner einzuschätzen haben, der sicher damit rechnet, dass einmal seine Stunde kommt. Am gefährlichsten scheint mir, dass durch den Pilsudski-Sieg natürlich das Übergewicht der ihm anhängenden Offiziere ausserordentlich gewachsen ist und damit die Gefahr besteht, dass die politisch anders oder unpolitisch eingestellten Offiziere nunmehr in beschleunigtem Tempo aus der Armee herausgedrückt werden. Dass all dies die Schlagfertigkeit des polnischen Heeres wesentlich herabmindert, ist klar. Weitere Gefahrmöglichkeiten, etwa Ablenkung dieses Zwistes durch Beschäftigung der Armee in einen aussenpolitischen Konflikt, will ich heute zurückstellen.

Dass der Putsch für die polnischen Staatsfinanzen verhängnisvoll wirken muss, ist wohl sicher. Der heutige Kurs des Zloty (1 \$ = 18 Zloty) mag ein Panikkurs sein. Aber ein weiteres Abgleiten des Zloty scheint unwahrscheinlich und damit wohl auch ein weiteres Steigen der Teuerung. Ganz unabsehbar sind die Folgen des Putsches auf die Budget-Sanierung und die Anleihebemühungen. Insbesondere eine Linksdiktatur in Polen unter Pilsudskis Führung müsste das Gleichgewicht des Budgets nach zwei Seiten hin unmöglich machen. Sozialisten und Nationale Arbeiter-Partei würden sowohl den Angestellten und Beamten Abbau zu verhindern wissen, als auch ihre immer wieder betonte Absicht zu verwirklichen suchen, die Gehälter und Löhne dem Teuerungszustand entsprechend zu steigern und Pilsudski einerseits würde wohl in der Armee im gleichen Sinne wirken, wie es ja bei Offizieren und Unteroffizieren ein immer wiederholtes Argument war, dass ein Pil-

sudski-Sieg die materiellen Interessen der Armee anders zu vertreten wissen würde, als zum Beispiel Witos. Bleibt es aber bei dem heutigen Budget-Defizit (das ja dank der Zloty-Entwertung viel grösser ist, als es auf dem Papier sich darstellt), werden am Ende die Staatsausgaben noch erhöht, so ist natürlich an eine Anleihe noch weniger zu denken als bisher. Dazu kommt, dass Pilsudski — wie sich ja zum Beispiel in seinem Verkehr mit der französischen Militär-Kommission so stark bemerkbar machte — ein abgesagter Feind der Einmischung des Auslandes in polnische Interessen ist. Die Frage der Finanzkontrolle oder des „Finanzberaters“ wird von ihm nicht günstiger beantwortet werden, als von den bisherigen polnischen Regierungen.

Die gemeinsame schwerste Schädigung aber sowohl der Anleiheverhandlungen, als der aussenpolitischen Aspirationen Polens (siehe Völkerbundesrat) ist natürlich der Verlust des ausländischen Vertrauens an die Stabilität der polnischen Verhältnisse. Was von unserer Seite immer wieder gesagt wurde, dass Polen in sich unausgeglichen sei und dass die Staatsgeeignung im weitesten Masse sich vermissen lasse, hat der Pilsudski-Putsch zur Evidenz bewiesen. Selbst die polenfreundlichsten meiner Kollegen sind in tiefer Bestürzung über diese Zerstörung ihrer Illusionen. Es bedarf wirklich keiner besonderen Propaganda, um nunmehr der Weltmeinung klar zu machen, dass Polen weder ein geeigneter Aufenthaltsort für fremde Kapitalien ist, noch die Stabilität besitzt, die ein Staat im Völkerbundesrat haben muss. Um das Unverantwortliche des nunmehr vorläufig abgeschlossenen, aber natürlich weiter fressenden und zu neuen Erdstößen treibenden Staatsstreichts ganz klar zu verstehen, darf man nicht vergessen, dass es sich bei diesem Putsch nicht um Weltanschauungs-Unterschiede gehandelt hat, also etwa den Kampf zwischen Republik und Monarchismus, oder zwischen bürgerlicher Welt und Kommunismus, sondern um einen ganz nackten, mit der Waffe ausgefochtenen und mit dem Blut vieler Hunderte von Unschuldigen bezahlten Personenstreit. Was Pilsudski bringt, ist keine neue Idee, sondern höchstens neue Menschen und vielleicht zwangsweise eine Diktatur anderer Personenkreise, als sie bisher am Staatsruder waren. Dazu kommt, dass er an die entscheidende Stelle im Staat eine Persönlichkeit setzt, deren ganze Geschichte destruktiver Tendenz gewesen ist, nämlich Pilsudski selbst.

Das ist vielleicht die schwerste Belastung, die der Putsch gebracht hat, dass nunmehr wiederum diese zerfahrene, aus dem Verschwörerturn herkommende und immer mit Verschwörermanieren arbeitende Persönlichkeit Pilsudskis in Polen den Ausschlag gibt. Es ist geradezu komisch, dass nach hier vorliegenden Massnahmen ein Teil der deutschen Presse von Wiederauftreten Pilsudskis eine versöhnlichere Politik gegenüber Deutschland erwarte. Die betreffenden Artikelschreiber haben vielleicht vergessen, dass die wildesten Zeiten des deutsch-polnischen Verhältnisses die des Staatsschefs Pilsudski waren. Gewiss ist er Russen und Tschechen abgeneigt; das bedeutet aber alles andere als eine Zuneigung zu Deutschland, ein Gefühl, dem, selbst wenn es vorhanden wäre, er garnicht nachgeben könnte, ohne zu den vorhandenen Spaltungen in Polen eine neue hinzuzufügen. Alles was ich in den vier Jahren von Pilsudski gehört habe, von dem ersten, mutwillig vom Zaun gebrochenen Kabinettskrise im Juni 1922, die sich schliesslich zur Staatspräsidentenkrise und zur Ermordung Narutowicz's auswuchs, über seine von Schimpfworten strotzenden, jeden Gedanken der Staatsautorität negierenden Reden, Interviews und öffentlichen Briefe bis zu seiner unterirdischen Tätigkeit während der letzten Regierungsbildung und zum jetzigen Putsch, zeigt immer wieder dasselbe Bild. Alles ist destruktiv, nichts ist konstruktiv. Er war der Mann des Umsturzes und des von ihm mehr als Parteikampf geführten polnisch-russischen Krieges, den er ja schliesslich durch seinen unbegreiflichen Marsch auf Kiew selber ausgelöst hat. In Zeiten, wo wirkliche Staatsarbeit zu leisten ist, wo sich die Tapferkeit in einer unbe-

irrtten, unnervösen Aussenpolitik und stramm durchgeführter finanzieller Sanierung beweisen muss, ist dieser nervöse, schwankende, unsichere und eines Programms entbehrende Mann der denkbar ungeeignete Leiter eines Staatswesens.

gez. Rauscher.

An das Auwärtige Amt.

III. SYTUACJA W POZNANIU W OCENIE KONSULA GENERALNEGO RZESZY NIEMIECKIEJ
Z 19 V 1926 R.

Abschrift IV PO 5736
Deutsches Generalkonsulat
Posen
Pkt. Politik
Inhalt: Piłsudski

Posen, den 19. Mai 1926

Seit meinem Bericht vom 15. d. M. ist die Verbindung zwischen Posen und Warschau wieder aufgenommen worden. Die Zeitungen bringen die Nachrichten der neuen Regierung und werden jetzt auch im Sinne dieser Regierung zensiert. Äusserlich herrscht in der Wojewodschaft Ruhe. Unter der Oberfläche scheint es jedoch noch stark zu gären. Man kann auch heute noch sagen, dass die Wojewodschaft Posen fast geschlossen gegen die neue Regierung ist. General Dowbor-Muśnicki hat um sich eine Art Generalstab organisiert, der auch heute noch besteht und in den Büros der polnischen Genossenschaftszentrale in der Poststrasse amtiert. Zunächst hatte dieser Stab sein Quartier im Gebäude des Automobilclubs hier aufgeschlagen, ist jedoch von dem Club gebeten worden, das Gebäude wieder zu räumen, da der Club, der eine Reihe Piłsudski-Anhänger in seinen Reihen hat, gegen die Weiterbelegung seiner Räume Bedenken trug. Der Stab des Generals Dowbor-Muśnicki besteht zum grossen Teil aus Reserveoffizieren bezw. Studenten. Es sollen jedoch auch aktive Offiziere mitwirken. Als Zweck der Organisation Dowbor-Muśnicki wird der Schutz der deutsch-polnischen Grenze gegen Übergriffe von Deutschland hingestellt. Ein Aufruf zum Schutz dieser Grenze soll an die militärischen Verbände in der Provinz erlassen sein. Der Leiter dieser militärischen Verbände, der frühere Oberst Lange, der bei der seinerzeitigen Aufstandsbewegung in Posen eine hervorragende Rolle gespielt hat und jetzt in der Ingenieurfirma „Trij“ arbeitet, ist, soweit ich gehört habe, gegen eine Verwendung der militärischen Verbände im Sinne der alten Regierung, hat sich bis jetzt jedoch nicht in diesem Sinne vorgewagt. General Josef Haller soll sich in Graudenz ähnlich betätigt haben wie hier Dowbór-Muśnicki und mit Freischaren aus Pomerellen in Richtung Warschau vor einigen Tagen abgerückt sein. Die in Posen gebildeten Freischaren bestehen zum grossen Teil aus Studenten. Zwei Bataillone dieser Studenten in einer Stärke von über 1000 Mann sollen vor einigen Tagen bis Kutno mit der Bahn befördert worden sein, um sich an den Kämpfen gegen die Regierung zu beteiligen. Zurückgekehrt sind sie, wie ich von einem Studenten gehört habe, bis jetzt noch nicht. Ihre Rückkehr wird jedoch von ihren studentischen Kollegen für heute oder morgen erwartet. Diese zwei Bataillone sind vom VII. A. K. Posen feldmarschmässig ausgerüstet, jedoch nicht mit Uniformen versehen worden. Kommandeur des Posener VII. Korps ist nicht, wie ich am 14. berichtet hatte, der General Josef Haller, sondern der General Hauser¹. Die hier zurückgebliebenen Studenten sind zum Teil

¹ Dowódca VII O.K. był gen. Sosnkowski. Gen. E. Hauser był jego zastępcą. Por. A. Czubiński, *Wielkopolska i Pomorze wobec zamachu stanu w maju 1926 r. Studia i materiały do dziejów Wielkopolski i Pomorza* t. 11, Poznań 1960, ss. 153—207.

ihrer Arbeit ruhig nachgegangen. Die Parteigänger der alten Regierung haben jedoch gestern durch eine Demonstration vor der Universität den Rektor gezwungen, mit sofortiger Wirkung, Pfingstferien für unbestimmte Zeit anzuordnen, damit die gewissermassen „ins Feld“ gerückten Kollegen nicht benachteiligt würden.

Die Posener nationalistische Presse, insbesondere der „Kurier Poznański“, spricht sich in seinen Leitartikeln eigentlich immer noch gegen die neue Regierung aus. Den Leitartikel des „Kurier Poznański“ vom 17. d.M. füge ich in der Anlage in der Übersetzung des Posener Tageblatts als Zeitungsausschnitt bei. Die heutigen Artikel sind in ähnlichem Sinne, wenn auch nicht mehr so deutlich geschrieben. Der Bevölkerung wird darin hauptsächlich klargemacht, dass der augenblickliche Zustand zur Anarchie führen könne.

Tatsächlich sind auch die Kommunisten auf dem Plan. Sie versuchen hier und dort Unruhe zu stiften. So würde nach der Demonstration der Studenten ein Teil der Demonstrierenden von Arbeitslosen im Hofe der Universität eingesperrt und konnte erst durch ein stärkeres Polizeiaufgebot befreit werden. Heute mittag gegen 1/2 Uhr sind auf dem Alten Markt hier vor dem Rathause grössere Unruhen gewesen, die erst durch starke Polizeiaufgebote, die auch von der Schusswaffe Gebrauch gemacht haben sollen, ohne allerdings jemanden zu verletzen, beseitigt werden konnten. Der hiesige Fleischmarkt und der Gemüsemarkt sind geplündert worden. Die Geschäfte in der Altstadt sind geschlossen, ebenso die Banken.

Von den ukrainischen Studenten hier, von denen ca. 60 an der hiesigen Universität studieren und von denen ca. 30 in einer nationalen ukrainischen Verbindung organisiert sind, höre ich, dass ein grosser Teil bei Bekanntwerden des Warschauer Staatsstreichs beschleunigt nach Hause abgereist ist, weil sie erwarten, dass ihre Anwesenheit dort notwendig sein würde.

Im Laufe des gestrigen Tages sind verschiedene Posener Polen an mich herangetreten um zu erfahren welche Stellung Deutschland einnehmen würde, wenn sich hier eine Organisation zum Schutze der neuen Staatsform bilden würde. Die an einer solchen Bewegung Interessierten glauben, dass Deutschland für eine Regierung Piłsudski sei, und hoffen, dass sie deshalb unterstützt würden, wobei man an geldliche Unterstützung wie an Waffenlieferung denkt. Ich habe die Mitteilungen dieser Leute, die naturgemäss davon sprachen, dass sie für eine übliche Gleichberechtigung des Deutschtums hier und für den sofortigen Abschluss eines Handelsvertrages sowie Aufgabe der Liquidation seien, lediglich entgegengenommen. Andere Polen, die bei mir waren, schnitten die Korridorfrage an, wobei sie sich auf den Standpunkt stellten, dass Piłsudski, wenn er die Macht in den Händen behalten wolle, sich mit Deutschland auf der Basis einigen solle, dass der Korridor an Deutschland zurückgehen wird. Bei allen hier vorsprechenden Personen handelt es sich m.E. um Einzelpersonen, die nur wenig Anhang hinter sich haben und die lediglich hören wollten, welche Stellung Deutschland zu der neuen Regierung einnehmen wird.

Die Nachrichten von dem Aufmarsch bezw. sogar dem Einmarsch deutscher Truppen nach Pomerellen sind gestern bereits vom „Dziennik Poznański“ und heute auch vom „Kurier Poznański“ dementiert worden.

Die Gesandtschaft in Warschau, die Generalkonsulate in Danzig und Kattowitz und die Konsulate in Thorn, Lodz und Krakau haben Abschrift erhalten.

In Vertretung
gez. Mackeben

An das Auswärtige Amt, Berlin

IV. STANOWISKO W. KORFANTEGO WOBEC ZAMACHU STANU WEDŁUG INFORMACJI KONSULA GENERALNEGO RZESZY NIEMIECKIEJ W KATOWICACH Z 22 V 1926 R.

Abschrift IV Po 5764

Kattowitz 22. V. 1926

Inhalt: Korfanty und das Staatsstreich Pilsudskis

(...) Pilsudski war mit seinen Truppen bereits in Warschau und verhandelte mit Teilen der Garnison. Als nach drei Tagen Witos kapitulierte, tat er dies in völliger Unkenntnis der wirklichen Lage und Stimmung im Lande und unter dem Eindruck von Gerüchten, denen zufolge die Deutschen, Litauer und Russen in Polen eingedrungen seien.

Pilsudski habe aus persönlichen Gründen den Staatsstreich begonnen und keinen festen Plan verfolgt; seine Haltung nach Vertreibung der Witos-Regierung lasse jede Zielsicherheit vermissen, sodass seine eigenen Anhänger ihm bereits den Vorwurf machen, dass das ganze Unternehmen zwecklos sei, sich untereinander aber in schärfster Weise befehden. Korfanty bedauert es sehr, dass Pilsudski sich nicht zum Diktator aufgeschwungen hat. Es wäre dies wenigstens eine eindeutige Lösung gewesen, die binnen Kürze allerseits akzeptiert worden wäre. Statt dessen sei er auf halbem Wege stehen geblieben und habe durch sein unklares Verhalten, das den Staatsstreich durch Kompromisse mit den verfassungsmässigen Faktoren nachträglich zu legalisieren suche, Polen in die denkbar gefährlichste Lage gebracht.

Die Armee habe sich auf beiden Seiten gut geschlagen, sei aber durch die Zerreiung in zwei Lager völlig demoralisiert und scheidet als Machtfaktor aus, sowohl nach aussen wie nach innen. Gerade im Hinblick auf die ganz besonders gefährdete innere Lage verdiene die Armee nach den letzten Ereignissen keinerlei Vertrauen mehr. Die innere Lage berge bei dem verzweifelten Zustand der Wirtschaft die allergrössten Gefahren in sich. Korfanty beurteilt in dieser Beziehung die Situation durchaus pessimistisch und hielt die bolschewistische Gefahr für unmittelbar drohend, zumal Pilsudski bei dem Kampf um Warschau die Bevölkerung in so weitgehendem Masse bewaffnet habe, dass die Depots jetzt geleert seien. Auch die Waffen der gefallenen und verwundeten Soldaten seien in den Besitz der untersten Bevölkerungsschichten übergegangen. Er hält es für völlig ausgeschlossen, die Waffen aus der Warschauer Bevölkerung wieder herauszubekommen.

Bei dieser Sachlage vertritt Korfanty im Interesse der Erhaltung des Staates die Auffassung, dass alle Parteien und Kreise, das Ministerium Bartel, das er mit dem ehemaligen russischen Ministerium Kerensky vergleicht, unterstützen müssen. Diese Auffassung deckt sich zwar nicht mit der Haltung, die sein Blatt, die „Polonia“ in diesen Tagen einnimmt; die letztere mag aber von parteitaktischen Rücksichten beeinflusst und dazu bestimmt sein, ihm alle Möglichkeiten offen zu halten. Jedenfalls ist Korfanty persönlich offenbar der Überzeugung, dass nur eine wirklich starke Regierung das Land von der Bolschewistischen Gefahr noch retten kann und dass die Regierung durch Unterstützung von allen Seiten hierzu in den Stand gesetzt werden muss, gleichgültig wie sie zur Macht gelangt und im einzelnen zusammengesetzt ist. Daher ist Korfanty auch wegen der Entwicklung der Dinge in Posen, sehr besorgt, denn er fürchtet, dass eine intransigente Haltung der Nationaldemokraten, deren Führer in Posen versammelt sind und ein etwaiger Marsch der Posener Truppen gegen Warschau die innere Katastrophe herbeiführen würde. Korfanty ist am 20. abends zusammen mit dem früheren Minister und jetzigen Generaldirektor bei der Vereinigten Königs- und Laurahütte, Kiedron, nach Posen gefahren, um zur Sammlung und Besonnenheit zu mahnen — gleichzeitig aber auch um Massnahmen für den Fall vorzubereiten, dass etwa die Dinge in Warschau eine

Entwicklung nach russischem Muster nehmen sollten. Er will dahin wirken, dass die Grenze zwischen Posen und Kongresspolen militärisch gesichert wird, damit für den Fall von kommunistischen Unruhen Posen gegen das Übergreifen der Bewegung geschützt ist. Zugleich will er versuchen, eine gemeinsame Haltung von Posen und Ost-Oberschlesien zu vereinbaren, das gleichfalls Abwehrmassnahmen ergreifen soll. Auf seine eigene Schöpfung, die oberschlesischen Aufständischen Verbände, mit denen er seit längerer Zeit in bitterer Feindschaft lebt, will er um deswillen nicht zurückgreifen, übrigens hat diese Organisation in den letzten Tagen wieder einmal eine schwere Krise durchgemacht, da ein Teil sich zu Pilsudski bekannt, ein anderer nationalistisch eingestellt ist und die Führer sich in öffentlichen Kundgebungen gegenseitig beföhdet haben, was zu einer völligen Spaltung geführt hat. Die Neuorganisation der beiden feindlichen Gruppen in verschiedenen Verbänden ist im Gange. Korfanty denkt daher daran, die ehemaligen Hallersoldaten, die ältere und zuverlässige Leute sein sollen, heranzuziehen und unter Leitung von Offizieren zu bewaffnen. Für den bezeichneten Zweck stünden ihm wohl auch die erst kürzlich in besonderen Verbänden zusammengeschlossenen Reserve-Unteroffiziere und die Vereinigung der Reserveoffiziere sowie die ebenfalls erst in jüngster Zeit geschaffenen Faschistischen Gruppen zur Verfügung. In welcher Weise Korfanty die ihm vorschwebende Idee im einzelnen durchführen will, ist noch ganz und gar unklar. Immerhin eröffnen die in der geschilderten Lage keimenden Entwicklungsmöglichkeiten interessante Perspektiven; die Tatsache, dass der Mann der mit allen Mitteln an der Losreissung der östlichen Gebietsteile des deutschen Reiches gearbeitet hat, nach so kurzer Zeit schon sich gezwungen sieht, auf Mittel und Weg zu sinnen, wie er diese Gebiete aus einem Zusammenbruch des polnischen Reiches retten könnte, kennzeichnen die Gesamtlage in der prägnantesten Form. Unwillkürlich wird man aber jetzt auch an jene etwas phantastischen Kombinationen erinnert, deren Vaterschaft man bereits vor einiger Zeit Korfanty zugeschrieben hat; ich denke an die in Briefen des Breslauer Bankdirektors Theusner an das Auswärtige Amt behandelten Pläne (vergl. die Erlasse vom 19. Februar und 22. März d. J. IV P. 2214 und 3334). Vielleicht verdienen diese Gedankengänge unter den heutigen Verhältnissen eine gewisse Beachtung zumal wenn ich noch hinzufügen darf — was ich jedoch hier nur streifen, im übrigen aber einer besonderen Berichterstattung vorbehalten möchte — dass die Frage einer engeren Verbindung zwischen Polen und der Tschechoslovakei — zunächst in der Form einer Zollunion — den Gegenstand einer eingehenden Prüfung im Berg — und Huttenmännischen Verein gebildet hat, deren Ergebnis darauf hinausläuft, dass eine solche Verbindung auch von dem Standpunkt der ostoberschlesischen Industrie — vorbehaltlich gewisser Sicherungen — durchaus zu begrüßen wäre. Berücksichtigt man, dass der enge persönliche Kontakt zwischen Korfanty und dem Berg- und Huttenmännischen Verein wohl nicht ohne Einfluss auf dessen Entschliessungen und Stellungnahmen bleibt, so lassen sich Zusammenhänge erkennen, die ein gewisses Interesse beanspruchen dürften.

Sobald Korfanty von Posen zurück sein wird, erhalte ich weiter Nachricht, über die ich nicht verfehlen werde, zu berichten.

Durchdruck dieses Bericht ist der Gesandtschaft in Warschau übersandt worden.

gez. Grünau

An das
Auswärtige Amt, Berlin

Berlin, den 29. Mai 26.

Abschriftlich dem
Preussischen Ministerium des Innern zur gefälligen Kenntnissnahme er-
gebenst übersandt.

STAN ZDROWIA BYŁYCH WIĘŹNIÓW HITLEROWSKICH OBOZÓW KONCENTRACYJNYCH

(Wyniki badań przeprowadzonych na terenie Wielkopolski w 1965 r.)

Dwadzieścia lat od chwili opuszczenia obozów koncentracyjnych zaledwie niewielki procent byłych więźniów pozostał przy życiu. Przetrwali najsilniejsi i najzdrowsi. Rozpatrując więc obecnie stan zdrowia żyjących trzeba brać pod uwagę również fakt, że są to jednostki o największej żywotności i największych siłach obronnych ustroju. Uwzględnienie tego aspektu prowadzi do stwierdzenia o znamiennej wymowie: stan zdrowia pozostałych przy życiu byłych więźniów obozów koncentracyjnych jest tragiczny. Występują u nich nie poszczególne schorzenia, ale całe zespoły chorób; wśród nich schorzenie niespotykane u innych grup społecznych, schorzenia, które zwykliśmy już oficjalnie nazywać „chorobą obozową”.

Praca niniejsza oparta jest na wnikliwych badaniach uzupełnionych orzeczeniami specjalistycznymi oraz pomocniczymi badaniami laboratoryjnymi, rentgenowskimi, a niejednokrotnie wynikami obserwacji szpitalnych i klinicznych.

Szczegółowej analizie poddany został materiał dotyczący 620 osób (170 kobiet i 450 mężczyzn), a więc pokaźnej grupy ludzi, a tym samym wyniki tej analizy dają rzeczywisty obraz przeciętnego stanu zdrowia wszystkich, którzy przeszli obozy zagłady.

Fakt, że autor — lekarz jest również byłym pięcioletnim więźniem obozów koncentracyjnych wykluczał możliwość ewentualnego zaciemniania przez badanych przeżytych zdarzeń, a równocześnie pozwalał na bardziej szczegółową i dokładną analizę zagadnienia.

Badania prowadzono według ustalonego, jednolitego systemu (z uwzględnieniem wielokierunkowości), a wyniki notowano na specjalnych kartotekach według załączonego wzoru.

Ze względu na odporności związane z płcią i wiekiem oraz ilością lat pobytu w obozie dane ujęto w tabeli 1a (kobiety) i tabeli 1b (mężczyźni). Wiek badanych ustalono na początku 1945 r., tj. w odniesieniu do okresu oswobodzenia (opuszczenia) obozu.

TABELA 1A (KOBIETY)

Wykaz osób (byłych więźniów obozów hitlerowskich) przebadanych w okresie 20 lat po oswobodzeniu z uwzględnieniem czasu pobytu w obozach koncentracyjnych oraz wieku w chwili oswobodzenia (r. 1945)

| Ogółem | Pobył w obozie | | | | | |
|--------|-------------------------|----------|---------------|-------------------------|----------|---------------|
| | Od 1 do 3 lat | | | Od 3 do 6 lat | | |
| | Wiek więźniów w 1945 r. | | | Wiek więźniów w 1945 r. | | |
| | Do 25 l. | 25—40 l. | powyżej 40 l. | Do 25 l. | 25—40 l. | powyżej 40 l. |
| 170 | 13 | 49 | 47 | 11 | 24 | 26 |
| | Razem: 109 | | | Razem: 61 | | |

TABELA 1B (MĘŻCZYŹNI)

| Ogółem | Pobył w obozie | | | | | |
|--------|-------------------------|----------|---------------|---------------|----------|---------------|
| | Od 1 do 3 lat | | | Od 3 do 6 lat | | |
| | Wiek więźniów w 1945 r. | | | | | |
| | Do 25 l. | 25—40 l. | powyżej 40 l. | Do 25 l. | 25—40 l. | powyżej 40 l. |
| 450 | 29 | 99 | 66 | 23 | 127 | 106 |
| | Razem: 194 | | | Razem: 256 | | |

Z zestawień wynika, że w obozie koncentracyjnym od 1 roku do 3 lat przebywało 109 kobiet i to w wieku: do 25 lat — 13, 25—40 lat — 49 oraz powyżej 40 lat — 47; mężczyźni natomiast było 194, w tym do 25 lat — 29, 25—40 lat — 99 oraz powyżej 40 lat — 66. W okresie od 3 do 6 lat w obozie przebywało 61 kobiet (w tym: do 25 lat — 11, 25—40 lat — 24, powyżej 40 lat — 26) i 256 mężczyzn, w tym: do 25 lat — 23, od 25—40 lat — 127 oraz powyżej 40 lat — 106.

Wśród badanych kobiet tak samo liczna była grupa w wieku 25—40 lat jak i powyżej 40 lat (w każdej z nich 73 osoby) natomiast grupa obejmująca kobiety do 25 roku życia liczyła 24 osoby. Wśród mężczyzn najliczniejszą grupę stanowili b. więźniowie w wieku 25—40 lat (226 osób), powyżej 40 lat miały 172 osoby i wreszcie do 25 lat — 52 osoby. Grupa kobiet i mężczyzn w wieku 25—40 lat stanowi więc największy procent badanych (razem 290 osób), grupa obejmująca badanych powyżej 40 lat liczyła 245 osób, najmniej, bo 76 osób, miało poniżej 25 lat.

Badania prowadzone były przez okres prawie 3 lat i obejmowały wszystkich, którzy zgłosili się na wezwania. Przedstawiony materiał nie uwzględnia więc osób dobieranych np. ze względu na wiek lub środowisko. Tym samym daje pełny obraz przeciętnego stanu zdrowia byłych więźniów obozów koncentracyjnych. Dla wszystkich zaprowadzono kartoteki ewidencyjne lekarsko-społeczne, obrazujące stan zdrowia każdego z przebadanych.

Nie było naszym pierwotnym zadaniem prowadzenie tych badań dla celów wyłącznie statystycznych lub publikacyjno-naukowych. Miały one służyć — co jest w dużej mierze kontynuowane — niesieniu pomocy najbardziej potrzebującym w formie porad lekarskich, skierowań do szpitali i klinik, a przede wszystkim skierowań na leczenie sanatoryjno-wypoczynkowe i uzdrowiskowe. Posiadanie tej ewidencji miałyby służyć również w udzielaniu pomocy materialnej i stanowić w przyszłości dokument dla ewentualnych odszkodowań.

Zastraszający wprost stan zdrowia byłych więźniów spowodował konieczność przedstawienia uzyskanych danych szerszemu ogółowi społeczeństwa jako jeszcze jedno świadectwo zbrodni faszyzmu niemieckiego popełnionych w okresie wojny.

Celem lepszego wizualnego przedstawienia stanu wykrytych schorzeń opracowano tabelę 2a (dla kobiet) oraz tabelę 2b (dla mężczyzn), które ukazują ilość poszczególnych schorzeń.

Ze względu na to, że w znacznej większości przypadków u jednej osoby stwierdzano więcej niż jedną chorobę, względnie pozostałości pourazowe, ilość chorób znacznie przewyższa liczbę przebadanych osób.

Dużą trudność przedstawiało sklasyfikowanie stanów psychicznych, występujących jedynie u osób, które przebywały w hitlerowskich obozach zagłady. Tzw. chorobę obozową spostrzega się prawie u wszystkich b. więźniów. Związana jest ona z całym zespołem doznań psychicznych, specyficznych tylko dla życia obozowego oraz uszkodzeń morfologicznych przyczynowo ściśle związanych z warunkami obozowymi, a więc takimi czynnikami jak: głód, strach, poniżanie i bicie, przy braku elementarnych warunków higienicznych w połączeniu z różnorodnością schorzeń nie leczonych lub wręcz „leczonych” innymi metodami niż te, które były względnie są znane wiedzy medycznej. I wreszcie — obok ciągłej, wyczerpującej pracy fizycznej — beznadziejność w oczekiwaniu końca.

Wszystkie wymienione czynniki oraz cały szereg innych nie dających się określić przy pomocy istniejącego mianownictwa musiały dać obraz chorobowy nieznaną uprzednio medycynie. Wyniszczanie dokonywane systematycznie i z rozmysłem wywoływało u więźniów odizolowanych od normalnego świata, szczególnie stan, przeciw któremu jedyną obroną było wzajemne pocieszanie się, nie oparte na żadnych realnych przesłankach, oraz słaby kontakt ze światem zewnętrznym poprzez cenzurowane listy.

W takim układzie i w tych warunkach tworzyła się nowa choroba, nieznaną uprzednio, którą określamy jako „chorobę obozową”. Część więźniów przetrwała dzięki sile woli oraz głębokiej wierze w nadejście wolności, a często o przetrwaniu decydował jedynie przypadek.

U ludzi tych jednak występowało stałe napięcie nerwowe, silna koncentracja woli przetrwania, co również powodowało zmianę obrazu osobowości.

Niejednokrotnie spotykamy się w życiu z pojęciem głodu. Wiemy, co on oznacza w mowie potocznej oraz pod względem fizjologicznym. Ale głód w obozie trwał przez kilka lat bez przerwy i odczucie jego było zupełnie inne. Nie polegało ono jedynie na ssaniu w przewodzie pokarmowym, bólach lub zawrotach głowy lub nawet hypoglikemii powodującej osłabienie. Głód obozowy odczuwała każda żywa tkanka, cały organizm był głodny, cały organizm pragnął pożywienia i równocześnie wiedział, że nasycony być nie może. Zjedzenie w tym stanie nawet dużej objętościowo ilości pokarmu (np. kilku litrów tzw. zupy), nie zaspokajało w najmniejszej mierze tego głodu i nie dawało sytości, choć żołądek mógł być wtedy wypełniony, co zresztą zdarzało się bardzo rzadko.

Podobnie przedstawia się sprawa bicia człowieka. Normalnie — jeśli to tak w ogóle można nazwać — człowiek zbity w mniejszym lub większym stopniu odczuwa ból jako skutek pobicia i cierpi z tego powodu, a niejednokrotnie z różnorodnych względów przeżywa taki stan również psychicznie. Bicie obozowe wywoływało inne skutki. Związany z tym ból po pewnym czasie

nie był nawet tak wielki; następowało otępienie, wytwarzał się stan — w obecnie zrozumiałych pojęciach — patologiczny. Dominującym czynnikiem była tu świadomość stałego prawie bicia, ściśle związanego z pobytem w obozie, nigdy nie kończącego się. Razy na całe ciało mogły spaść każdej chwili w ciągu dnia i wielokrotnie w nocy, kiedy to SS-mani i blokowi lub capo wpadali do izb blokowych, do śpiących ze zmęczenia i głodu więźniów. Bicie było jedną z form poniżania oraz fizycznego i psychicznego wyniszczania więźniów.

W tych warunkach sen, który normalnie stanowi regenerację sił fizycznych i psychicznych, nie dawał odprężenia psychicznego, a jedynie niepełny i wątpliwej wartości odpoczynek fizyczny.

Zimno — przeżywamy nieraz uczucie, które nazywamy zimnem, względnie zmarznięciem lub przemarznięciem. W obozie jesień, zima i częściowo wiosna — to okresy prawie nieprzerwanego stanu odczuwania zimna, którego nie można było wyrugować. W śniegu, deszczu i na wietrze więzień w „piżamie”, z ogoloną głową bardzo często w butach lub sandałach zwanych „holendrami”, ale bez skarpet — pracował, stał na apelu lub maszerował. Za włożenie papieru pod ubranie-piżamę groziło pobicie niejednokrotnie powodujące śmierć. Zimno obozowe to nieprzerwany ciąg chłodu trwającego aż do okresu lata, kiedy to słońce nieprzerwanie prażyło głowy, wywołując poważne opuchlizny.

Praca — która normalnie, jeśli nie stanowi pełnego zadowolenia, to jest czymś, co ułatwia życie w postaci otrzymanej zapłaty — w obozie była dalszym ogniwem w łańcuchu wyniszczenia. Potworne warunki nadmiernie ciężkiej pracy związane zostały z głodem, zimnem, biciem i stałym wrzaskiem.

Przedstawione tu w skrócie warunki musiały wpływać na psychiczny i fizyczny stan zdrowia więźniów wywołując tzw. chorobę obozową.

Jedynie w świetle tych przeżyć i doznań psycho-fizycznych można rozpatrywać stan zdrowia przebadanych 620 byłych więźniów Oświęcimia, Dachau, Mauthausen i innych obozów. Obok stwierdzonych schorzeń zaznaczają się u nich w różny sposób pozostałości „choroby obozowej”. Niekiedy choroba ta jest głęboko ukryta, prawie niewykrywalna, pozornie tylko przebyta bez śladów i następstw. U różnych osób w zależności od wielu czynników — rozmiaru przeżyć i doznań, warunków i okresu pobytu w obozie, wieku, a przede wszystkim własnej, indywidualnej osobowości — przybrała ona różne rozmiary oraz formy i w różny sposób wpłynęła na stan zdrowia.

Biorąc pod uwagę „chorobę obozową”, którą można by określić w przybliżeniu jako czynnik emocjonalno-bodźcowy, przeprowadzono badania, dzieląc pacjentów na grupy według liczby lat ich pobytu w obozie i przyjmując długość tego okresu jako główny czynnik w powstawaniu również niektórych schorzeń. Zdarzało się jednak, że nawet krótki okres przebywania w obozie powodował znaczne zmiany, a to na skutek różnych warunków i nierównomiernej odporności osobniczej. Nie bez znaczenia były również urazy, epidemie oraz doświadczenia pseudomedyczne, które szczególnie należy brać pod uwagę.

MATERIAŁ BADAWCZY

Na 170 przebadanych kobiet pracę zawodowo-zarobkową podjęło po wyzwoleniu 115 osób, w tym 35 kobiet pracę fizyczną, a 80 umysłową. Obecnie na rencie pozostaje 15 kobiet spośród pracujących fizycznie i 20 spośród umysłowych. W okresie ostatnich 20 lat 60 kobiet nie pracowało zawodowo bądź ze względów na zły stan zdrowia, bądź też ze względu na to, że pozostawały na utrzymaniu rodziny (mężów). Z liczby tej 25 kobiet otrzymuje obecnie rentę z tytułu pracy w okresie przedwojennym lub renty po mężach.

Wśród 450 mężczyzn, którzy przeszli badania, 242 — to pracownicy fizyczni (42 pobiera obecnie rentę), natomiast 200 mężczyzn — to pracownicy umysłowi, z których obecnie 44 otrzymuje rentę. Są to przeważnie tzw. renty starcze, otrzymywane w związku z przekroczeniem 65 roku życia. Jedynie ośmiu spośród 450 przebadanych mężczyzn w okresie powojennym nie podjęło pracy zawodowo-zarobkowej ze względu na bardzo zły stan zdrowia. Należy dodać, że wielu spośród byłych więźniów obozów hitlerowskich, którzy w okresie powojennym nie podjęli pracy zawodowej, w czasie prowadzenia tych badań już nie żyło. Stąd też liczba mężczyzn nie mogących podjąć pracy jest stosunkowo niewielka. Okres dwudziestolecia powojennego znacznie jeszcze przerzedził szeregi byłych więźniów obozów koncentracyjnych.

I tak pracy nie podjęli: pacjent J. J. — l. ewid. 116, lat 35 w 1945 r., po 6-letnim pobycie w Buchenwaldzie, gdzie przeszedł zabieg operacyjny lewej nogi, poza tym stwierdzono silnie zniekształcający reumatyzm, chorobę wrzodową żołądka, zmiany chorobowe nerek; pacjent S. K. — l. ewid. 164, lat 43 w 1945 r., przebywał 6 lat w Buchenwaldzie, gdzie doznał kontuzji lewej nogi na skutek postrzału, poza tym stwierdzono zmiany chorobowe nerek; pacjent J. K. — l. ewid. 166, aresztowany przez gestapo, był więźniem przez 6 lat. W czasie oswobodzenia w 1945 r. liczył lat 51. Otrzymał liczne urazy, stwierdzono znaczną utratę wzroku, przepuklinę, reumatyzm zniekształcający; pacjent Z. P. — l. ewid. 269, lat 35 przy oswobodzeniu był więźniem przez 3 lata, chory na gruźlicę płuc; pacjent A. S. — l. ewid. 291, lat 59 w 1945 r., okres pobytu w obozie — 2 lata, przeszedł bardzo silne urazy, odczuwa bóle i ciągle zawroty głowy. Otrzymuje rentę z tytułu pracy przed wojną; pacjent M. S. — l. ewid. 325, lat 47 w 1945 r., przebywał w obozie niewiele ponad 1 rok w latach 1939—1940, paraliż, bóle głowy, utrata słuchu i wzroku; pobiera stale rentę (pracował przed wojną); pacjent W. W. — l. ewid. 346, lat 47 w okresie oswobodzenia, przebywał w obozach ponad 4 lata. Przeszedł doświadczenia pseudomedyczne w obozie, otrzymując m. in. nieznanne mu zastrzyki. Utracił słuch i w znacznym stopniu wzrok, wyczerpany nerwowo, choroba serca i wątroby, pozostaje na rencie; pacjent K. C. — l. ewid. 402, lat 45 w 1945 r., przez 3 lata w obozie doznał licznych urazów, przeszedł operację żołądka, choroba reumatyczna, pobiera rentę.

Wszyscy obserwowani na skutek licznych dolegliwości często wymagają

leczenia i pomocy lekarskiej i są zarejestrowani w poradniach lekarskich ogólnych bądź specjalistycznych. Wielu z nich przeszło leczenie szpitalne względnie kliniczne — jeden lub więcej razy. Na leczeniu w zamkniętych zakładach służby zdrowia przebywało 120 kobiet i 296 mężczyzn. Wiele z tych osób po leczeniu szpitalnym przebywało w sanatoriach lub na tzw. 3-tygodniowym leczeniu wczasowym.

Specjalnej uwagi wymagają więźniowie, którzy przeszli doświadczenia pseudomedyczne, dokonywane przez lekarzy SS. W badanym materiale stanowią oni ponad 20%. Ilość zgłoszeń na badanie świadczy o potrzebie stałego ich kontaktu z lekarzami. Duża grupa więźniów, którzy przeszli doświadczenia pseudomedyczne, zginęła w transportach inwalidzkich, tj. przeznaczonych do komór gazowych, lub w inny sposób, często w tzw. rewirze obozowym.

Tak więc na 620 przebadanych — 91 osób, w tym 20 kobiet, podawało, że otrzymywało zastrzyki, przeszło zabiegi lub innego typu doświadczenia względnie „leczenie” w okresie, kiedy nie zgłaszali żadnych dolegliwości i nie wymagali pomocy lekarskiej. Na doświadczenia przeważnie byli brani z szeregów na placu apelowym względnie z bloków, kiedy czuli się raczej dobrze. Większość z nich, choć nie może bliżej określić celu wykonanych zabiegów, stwierdza niezbitcie, że wykonane były one nie ze względu na potrzebę leczenia. Przeważnie były to nieznanne, jeden lub więcej razy stosowane zastrzyki, po których więźniów kierowano na rewir obozowy. Zastrzyki wykonywano domięśniowo, podskórnym lub dożylnym. Niektóre w następstwie powodowały amputacje kończyn (np. ręki u pacjenta M. C. — l. ewid. 38; nogi u pacjenta M. M. — l. ewid. 464). W wielu przypadkach zabiegi wywoływały tzw. flegmony (np. pacjent S. H. — l. ewid. 99, pacjent W. N. — l. ewid. 225, pacjent J. O. — l. ewid. 524, pacjent J. W. — l. ewid. 582). Operację kolana przeszedł pacjent T. M. — l. ewid. 220, operację nogi — pacjent A. S. — l. ewid. 330, pacjent W. W. — l. ewid. 351 i pacjent W. G. — l. ewid. 423.

Malarię doświadczalną przeszli: pacjent R. H. — l. ewid. 106, G. K. — l. ewid. 178, W. K. — l. ewid. 181, E. N. — l. ewid. 227, W. P. — l. ewid. 265, J. S. — l. ewid. 286, Z. S. — l. ewid. 322, H. U. — l. ewid. 341, W. W. — l. ewid. 363, Z. S. — l. ewid. 488, S. Z. — l. ewid. 509; wycięcie żył — pacjent A. K. — l. ewid. 131; pobieranie w dużych ilościach krwi dla wojska niemieckiego lub do badań — pacjent S. K. l. ewid. 445, T. P. — l. ewid. 477, M. M. — l. ewid. 554; zabiegi na oczach — pacjent J. J. — l. ewid. 113, H. K. — l. ewid. 169; zabiegi operacyjne ginekologiczne — pacjentka W. N. — l. ewid. 236 (uprzednio dokonano gwałtu), J. T. — l. ewid. 333, A. W. — l. ewid. 352; zabiegi związane z podawaniem jedzenia o specjalnym smaku, wywołującego sensacje wzrokowe i dolegliwości żołądkowe — i pobieranie potem krwi do badania — pacjent L. N. — l. ewid. 235, J. S. — l. ewid. 306, J. M. — l. ewid. 222; operacje na klatce piersiowej: wyrwanie nerwu przeponowego — poza tym wszczepienie żółtaczki zakaźnej S. B. — l. ewid. 590.

WYNIKI BADAŃ

W zestawieniach poniższych (tabela 2a i 2b) podane są wyłącznie choroby, które stale wymagają czynnej interwencji lekarskiej, stałego leczenia, względnie w okresie ostatnich lat — pobytu w zamkniętych zakładach służby zdrowia, w tym przede wszystkim w szpitalach lub klinikach oraz sanatoriach dla nerwowo chorych lub takie, które pozostawiły trwałe kalectwo. W przypadkach tych dominuje przede wszystkim konieczność leczenia internistycznego, następnie chirurgicznego, choć również pacjenci ci niejednokrotnie przebywali przez długie nieraz miesiące na oddziałach innych specjalności. Jest zjawiskiem charakterystycznym, że b. więźniowie wymagają długiego, często powtarzanego leczenia i stałej obserwacji. I jedynie szybkie wkroczenie w okresie nasilenia choroby pozwoliło na utrzymanie ich przy życiu oraz przywróciło siły do dalszej pracy, bo — jak to wynika z przeprowadzonego wywiadu — większość z nich to ludzie stale jeszcze czynni zawodowo.

Na podkreślenie zasługuje tu również fakt, że mimo daleko posuniętych niejednokrotnie zmian chorobowych, ludzie ci chętnie pracują nie tylko zawodowo i zarobkowo, ale również społecznie, poświęcając dużo swego czasu pracy nadobowiązkowej. Ten moment czynnego zaangażowania społecznego wymaga szczególnego podkreślenia. Poza tym ludzie ci, choć niejednokrotnie „trudni” we współżyciu, równocześnie zawsze gotowi są poświęcić swój czas i siły dla udzielenia pomocy lub rady innym. Myślowo ustawicznie zajęci zagadnieniami społecznymi, równocześnie nigdy nie mogą zapomnieć o swych dolegliwościach i przeżyciach.

Można by więc powiedzieć, że w większości są to jak gdyby „inni ludzie”. Ta „inność” związana z „chorobą obozową” — lapidarnie rzecz traktując — uzewnętrznia się w pewnym egocentryzmie odnośnie do swego zdrowia, przy równoczesnym szerokim zaangażowaniu społecznym i chęci niesienia pomocy innym.

Największą grupę („U”) stanowią osoby, które doznały wszelkiego rodzaju urazów. Dotyczy to przede wszystkim mężczyzn, gdzie stwierdzono 236 urazów, które pozostawiły trwałe ślady. Na ogółem 282 urazy największą ilość stanowią złamania kości kończyn, powybijane w dużych ilościach zęby, często łącznie ze złamaniami szczęk lub kości nosowych oraz pozostałości po ropniach, szczególnie kończyn dolnych, wywołanych urazami zadanymi butami lub biciem kijami względnie innymi twardymi narzędziami. Urazy te spowodowały nie tylko bezpośrednie miejscowe uszkodzenia ciała lub związane z tym schorzenia (np. ropnie), ale również wpłynęły dodatkowo na pogorszenie ogólnego stanu zdrowia, pogłębiając inne schorzenia lub też wręcz umożliwiając powstanie nowych schorzeń na skutek dodatkowego osłabienia organizmu oraz ujemnego wpływu na stan psychiczny.

Tak więc znaczenie urazów wiąże się nie tylko z dużą ich ilością, ale także z ujemnymi, szczególnymi skutkami w odniesieniu do każdej z poszkodowanych osób.

TABELA 2A I 2B

Wykaz stwierdzonych obecnie schorzeń względnie pozostałości po urazach i przebytych chorobach obozowych, które wymagają stałego leczenia lub pozostawiły trwałe kalectwo

| Grupa schorzeń | Ogółem | Pobył w obozie 1—3 lat | | Pobył w obozie 3—6 lat | |
|----------------|--------|------------------------|---------------|------------------------|---------------|
| | | kobiety (a) | mężczyźni (b) | kobiety (a) | mężczyźni (b) |
| A | 236 | 35 | 54 | 37 | 110 |
| B | 271 | 39 | 61 | 35 | 136 |
| C | 44 | 4 | 12 | 4 | 24 |
| D | 160 | 17 | 40 | 18 | 85 |
| E | 66 | 9 | 21 | 3 | 33 |
| F | 328 | 25 | 48 | 27 | 128 |
| G | 100 | 26 | 16 | 25 | 33 |
| H | 112 | 14 | 22 | 18 | 58 |
| I | 111 | 12 | 27 | 14 | 58 |
| K | 62 | 8 | 18 | 9 | 27 |
| L | 85 | 6 | 26 | 7 | 46 |
| M | 55 | 1 | 12 | 2 | 30 |
| N | 20 | 2 | 4 | 6 | 8 |
| O | 12 | — | 1 | 2 | 9 |
| P | 185 | 29 | 42 | 39 | 75 |
| R | 86 | 14 | 14 | 14 | 44 |
| S | 35 | 3 | 8 | 10 | 14 |
| T | 164 | 29 | 37 | 40 | 58 |
| U | 282 | 24 | 73 | 22 | 163 |
| W | 91 | 7 | 12 | 13 | 59 |
| Z | 416 | 54 | 96 | 66 | 200 |

Mniej liczna grupa (91 osób) obejmuje tych więźniów, którzy poddawani byli tzw. doświadczeniom pseudomedycznym (grupa „W”). Spowodowały one wyjątkowo niekorzystny stan zdrowia tak pod względem ogólnego nasilenia schorzeń i niejednokrotnie trwałego inwalidztwa, jak i — co najważniejsze — trwałego urazu psychicznego. Przeżycia obozowe zaznaczają się u tych osób szczególnie dobitnie. Wspomniane doświadczenia dotyczyły malarii, flegmony, obejmowały zabiegi operacyjne oraz ginekologiczne, a także pobieranie dużej ilości krwi żyłnej do przetaczań lub doświadczeń. Wiązały się również ze stosowaniem bez uzasadnionej potrzeby nieznanych zastrzyków wywołujących zaburzenia równowagi, wymioty i temperaturę.

Osoby należące do omawianej grupy „W” wymagają wszechstronnej pomocy oraz szczególnej opieki. Uszkodzenia fizyczne i psychiczne są tu bowiem wyjątkowo duże i odznaczają się specyficznym charakterem.

Tak więc specjalnego opracowania w oparciu o indywidualne przeżycia i doznania wymagałyby poszczególne grupy schorzeń. Podkreślenia wymagają urazy i doświadczenia pseudomedyczne.

Jak widać z zestawienia (tabela 2a i 2b), na 620 osób 416 przebywało jeden lub więcej razy na leczeniu w zakładach lecznictwa zamkniętego (grupa „Z”).

Tak ogromna liczba b. więźniów wymagających — obok opieki leczniczej poradnianej — pobytu w zakładach zamkniętych, dowodzi znacznego nasilenia schorzeń, niespotykanego w żadnej innej grupie społecznej. Nie zdarza się bowiem, by potrzeba leczenia kliniczno-szpitalnego względnie sanatoryjnego stanowiła aż 66,1% ogółu.

Na podstawie już tylko tych liczb i danych dotyczących lecznictwa zamkniętego można wysunąć wnioski o rozmiarze schorzeń u przebadanych osób. Trzeba tu jeszcze dodać, że są to ludzie w większości czynni zawodowo i pracujący społecznie — na ogół niechętnie przebywają w szpitalach, a wolą raczej leczyć się w poradniach specjalistycznych.

Pierwszą grupę („A”) w zestawieniach stanowią schorzenia układu krążenia i serca. Ujęto tu wszystkie postaci tych schorzeń z uwzględnieniem zasady, jak przy wszystkich innych schorzeniach, brania pod uwagę tylko tych osób, które wymagają stałego leczenia względnie okresowych kontroli. Grupa ta, jedna z najliczniejszych (236 osób) uwzględnia również schorzenia powodujące stałe niebezpieczeństwo dla życia.

Następna grupa („B”) — to schorzenia typu reumatycznego (również ischias). Grupa ta obejmuje 271 osób, z których bardzo znaczny procent przebyło leczenie w zakładach zamkniętych, w szpitalu lub sanatorium.

W grupie „C” ujęte zostały przypadki ze schorzeniami kręgosłupa, znaczne skrzywienia lub inne nieprawidłowości, utrudniające lub wręcz uniemożliwiające normalne działanie organizmu. W tej grupie uwzględniono również tzw. dysk. Razem w grupie tej ujęto 44 osoby.

Grupy „D” i „E” obejmują schorzenia płuc z tym, że gruźlica płuc została wyodrębniona w grupie „E”. W grupie „D” zestawiono schorzenia narządu oddechowego łącznie z rozedmą płuc znacznego stopnia, astmą oskrzelową, przewlekłymi bronchitami itd. Obie grupy (160+66) obejmują łącznie 226 osób.

Najliczniejsza grupa „F” (328 osób) uwzględnia schorzenia przewodu pokarmowego, w tym np. chorobę wrzodową żołądka i dwunastnicy oraz inne schorzenia jelit i trzustki. Właściwie dolegliwości przewodu pokarmowego przekraczają wykazane w zestawieniu ilości, gdyż ujęto tylko te, które wymagały dłuższego lub stałego leczenia. Z liczby tej wyłączono schorzenia wątroby i woreczka żółciowego, ponieważ stanowią one specyficzną grupę oraz wymagają podkreślenia ze względu na ich ilość (grupa „G” — 100 osób). Łącznie z ujętymi w grupie „F” schorzenia te występują u 428 osób.

Tak więc — ponieważ przyjęto zasadę niezaliczania tych samych osób do obu wyżej wymienionych grup — ponad 69% stanowią osoby cierpiące na schorzenia przewodu pokarmowego w szerokim tego słowa znaczeniu, co jest zjawiskiem niespotykanym, szczególnie przy założeniu, że schorzenie ma charakter długotrwały, wymagający leczenia.

Grupa „H” (112 osób) uwzględnia schorzenia nerek i w kilku przypadkach pęcherza moczowego.

Dość znaczną grupę „I” (111 osób) stanowią byli więźniowie, u których

występują schorzenia skóry jako skutek uszkodzeń mechanicznych, termicznych względnie zakażeń. W kilku przypadkach wliczono także do tej grupy osoby, u których zmiany skórne wywołane są czynnikiem alergicznym. Często schorzenia te stanowią dla poszkodowanych dodatkową uciążliwość ze względów estetycznych.

Następnie dwie wyodrębnione grupy obejmują schorzenia okulistyczne i laryngologiczne.

Grupa „K”, licząca 62 osoby, uwzględnia pacjentów ze znacznymi zmianami w zakresie wzroku, u których nieodzowne jest stałe używanie okularów i okresowa kontrola lekarza-specjalisty. W grupie tej ujęte są również osoby, które całkowicie straciły wzrok.

Grupa „L” dotyczy osób ze schorzeniami przede wszystkim uszu, a także nosa i gardła. Znajduje się tu wiele osób z bardzo znacznym upośledzeniem słuchu, a także wymagających prawie stałego leczenia laryngologicznego ze względu na schorzenia nosa i gardła oraz schorzenia związane z ropnymi zatkami bocznymi.

Ze względu na specyfikę tego schorzenia w zestawieniu wyodrębniono osoby, u których stwierdzono przepuklinę (grupa „M”). U 55 osób choroba ta stanowi poważny problem życiowy, tym bardziej że w większości przypadków — ze względu na ogólny stan zdrowia — nie można dokonać zabiegu operacyjnego.

Grupa „N” licząca 12 osób obejmuje badanych, u których metodami klinicznymi stwierdzono zaburzenia związane z awitaminozą i którzy już uprzednio posiadali tego typu orzeczenia kliniczne.

Grupa „O” (12 osób) uwzględnia b. więźniów, którzy przeszli wszczepioną w obozie malarię, a obecnie nadal wymagają z tego powodu leczenia, co zostało potwierdzone orzeczeniami klinicznymi. Celem specjalnego podkreślenia osoby te zostały w zestawieniu wyodrębnione i tym samym nie wpisane do grupy tzw. doświadczeń pseudomedycznych, choć bezsprzecznie były to tego typu eksperymenty.

Znaczną grupę („P”) 185 osób stanowią schorzenia ogólnie w zestawieniu nazwane nerwicami. Zaliczane są do niej wszystkie osoby, które ze względu na stan psychiczny zasięgały rady specjalistycznej i leczyły się w zakładach zamkniętych dla nerwowo i psychicznie chorych. Rozpiętość schorzenia i jego nasilenie w grupie tej jest bardzo zróżnicowane, stąd też w zasadzie wymagałoby odrębnego opracowania naukowo-specjalistycznego.

W grupach „R” i „S” w zestawieniu wyłączone są dolegliwości, które w zasadzie stanowią specyficzne schorzenia, wymagające stałego leczenia, a równocześnie są tak uciążliwe, że niejednokrotnie przesłaniają inne schorzenia, nawet bardzo poważne.

I tak grupa „R” obejmuje osoby z bardzo silnymi bólami głowy. Jeśli weźmie się pod uwagę, że zaliczono tu jedynie osoby, które na skutek tej dolegliwości musiały być i są nadal leczone, to liczba 86 osób jest bardzo duża.

Grupa „S”, licząca 35 osób, dotyczy tych spośród przebadanych, u których

istnieje znaczny zanik pamięci, w swych rozmiarach powodujący nie raz poważne tragedie życiowe.

Do grupy „T”, w której zarejestrowano 164 przypadki, zakwalifikowane są osoby z wszelkimi innymi schorzeniami, wymagającymi leczenia względnie stałej okresowej kontroli, a które nie mieściły się w żadnej z wyżej omawianych grup. Tak więc mamy tutaj do czynienia z zaburzeniami endokryologicznymi, padaczką, chorobami kości i szpiku kostnego, obrzękami niezwiązanymi z chorobami układu krążenia i nerek oraz szeregiem innych schorzeń o różnym stopniu nasilenia, ale wymagających stałej względnie okresowej opieki lub interwencji lekarskiej, a także pobytu w zakładach lecznictwa zamkniętego.

Przedstawiony tu w dużym skrócie stan zdrowia byłych więźniów obozów hitlerowskich w 20 lat po oswobodzeniu jest wynikiem przeżyć obozowych i warunków bytowych tam panujących.

Zmiany chorobowe stwierdzane u tych osób ze względu na ich rozpiętość i nasilenie oraz sposób odczucia, są nieporównywalne ze schorzeniami żadnej innej grupy społecznej.

Ze względu na zły stan zdrowia oraz specyfikę przeżyć jest koniecznością czysto ludzką i dużą potrzebą społeczną stworzenie jak najlepszych warunków w zakresie ochrony zdrowia oraz warunków socjalno-bytowych tej nielicznej już grupy, jaką stanowią byli więźniowie hitlerowskich obozów zagłady.

STANISŁAW HIERONIM BIENKA

DZIAŁALNOŚĆ EKSPOZYTURY URZĘDU WOJEWÓDZKIEGO POZNAŃSKIEGO W GORZOWIE WLKP.

Dnia 29 maja 1946 r. Rada Ministrów uchwaliła rozporządzenie dotyczące utworzenia czterech ekspozytur urzędów wojewódzkich: w Bolesławcu, Gorzowie Wlkp., Opolu i Szczecinku¹. Ze względu na trudności organizacyjne i inne okoliczności działalność rozpoczęła jednak tylko Ekspozytura Urzędu Wojewódzkiego Poznańskiego w Gorzowie Wlkp. Ekspozytura ta, obejmując swoim zasięgiem teren tzw. Ziemi Lubuskiej, działała w latach 1946—1950, tj. do czasu utworzenia województwa zielonogórskiego i odegrała istotną rolę w dziele zagospodarowania i odbudowy Ziemi Lubuskiej.

Jakie były przesłanki powołania do życia tego nowego tworu administracyjnego na Ziemiach Odzyskanych oraz jaką on spełnił rolę w utrwalaniu władzy ludowej na Ziemi Lubuskiej — to kwestie, które są przedmiotem rozważań niniejszego artykułu.

¹ „Dziennik Ustaw” nr 28 z 1946 r., poz. 178. Paragraf pierwszy rozporządzenia brzmi: „Na okres przejściowy, dopóki tego wymagać będą potrzeby nadzwyczajne zarządu Ziem Odzyskanych, tworzy się ekspozytury urzędów wojewódzkich na określonych w niniejszym rozporządzeniu obszarach województw: w Gorzowie — dla województwa poznańskiego, w Szczecinku — dla szczecińskiego, w Opolu — dla śląskiego i w Bolesławcu — dla wrocławskiego.”